

2 décembre 2014. Süddeutsche Zeitung. Frust statt Freude

Deutsche und Franzosen können nicht miteinander, aber auch nicht ohneeinander. Die gegensätzliche Wirtschaftslage lässt die Unterschiede der ökonomischen Kulturen immer stärker hervortreten

Von Leo Klimm

Paris – „Wer mit Deutschen zusammenarbeitet, muss wissen, dass sie immer auf den Prozess achten. Darauf, wie genau man etwas tut“, sagt Valérie Rabault. „Für uns Franzosen zählt dagegen, sich ehrgeizige Ziele zu stecken. Wie wir sie erreichen, bleibt oft vage.“

Die Deutschland-Kennerin und Ex-Bankerin Rabault ist Finanzexpertin der sozialistischen Mehrheitsfraktion in der Pariser Nationalversammlung. Sie kennt sich aus mit Wirtschaft und mit den kleinen und großen Unterschieden zwischen Frankreich und Deutschland. Bei einem Abend der Deutsch-Französischen Handelskammer plaudert Rabault eine vielsagende Story aus: Als Frankreichs Premierminister in Berlin seine Pläne für Reformen vorgestellt habe, mit denen er sein Land flottbekommen will, habe die Kanzlerin ihn sehr gelobt – aber gefragt, wie genau er die Reformen umsetzen werde. „Diese Frage“, so Rabault, „war ein Kulturschock für ihn.“

Je mehr Deutschland und Frankreich ökonomisch auseinanderdriften, desto stärker treten auch die Gegensätze ihrer Wirtschaftskulturen hervor. Und desto größer sind die Anstrengungen, die beide Seiten unternehmen müssen, um das Unverständnis zu überwinden. Denn die Krise, die Europa teilt, macht es schwieriger und notwendiger zugleich, sich anzunähern. Die zwei größten Volkswirtschaften Europas bleiben nun mal füreinander die wichtigsten Partner. Sie können nicht ohneeinander. Miteinander können sie aber auch oft nicht mehr.

Die ganze Ambivalenz offenbart sich beim deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat, zu dem die zuständigen Minister und die Notenbankchefs an diesem Dienstag in Berlin zusammenkommen. Einerseits sollen hier konkrete gemeinsame Projekte gestartet werden. Andererseits sind die Spannungen um das hohe französische Budgetdefizit kaum mehr zu überspielen. Dass sich der als frankophil bekannte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble neulich ein Vetorecht der EU-Kommission gegenüber Haushaltssündern wünschte, empfindet Paris als unfreundlichen Akt.

„Wir sprechen noch miteinander, aber wir verstehen uns offenbar immer weniger“, sagt François Villeroy de Galhau. Auch er ein Banker mit sozialdemokratischer Ader, nämlich Vizechef der Pariser Großbank BNP Paribas, und zugleich Experte der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Villeroy entstammt jener Dynastie, die seit Jahrhunderten den Porzellanhersteller Villeroy & Boch betreibt. Gerade hat er ein Buch vorgelegt („L'espérance d'un Européen“ – „Hoffnung eines Europäers“), in dem er Anti-Krisen-Rezepte für Frankreich aufzeigt. Eines der Kapitel heißt „Die ewige deutsch-französische Utopie“.

Noch bemüht man sich, der Entfremdung entgegenzuwirken. Parallel zum Politgipfel in Berlin laden in Paris zwei Wirtschaftszeitungen Unternehmer zum Austausch. Fast im Wochenrhythmus gibt es solche deutsch-französischen Wirtschaftsforen. Es wirkt, als ob die deutschen Firmen jetzt begriffen, dass Frankreich für ihre Geschäfte immer noch mehr zählt als China. Und als ob die Franzosen sich umgekehrt vergewissern müssten, überhaupt noch von den deutschen Partnern wahrgenommen zu werden. **Kürzlich etwa fand in Köln der erste „Kongress französischer Manager in Deutschland“ statt. Die Teilnehmer fühlten sich bemüßigt, daran zu erinnern, dass sie 250 Milliarden Euro zur deutschen Wirtschaftsleistung beisteuern.**

Dabei wirkt auf Ebene der Unternehmen das Einende stärker als das Trennende. Villeroy – Aufsichtsrat bei Villeroy & Boch und bei BNP zuständig für das Europa-Geschäft – macht einen europäischen Unternehmergeist aus. Selbst wenn französische Firmen nicht von Mitbestimmung und Konsenskultur geprägt seien, ähnelten sich die Unternehmer: Überall zeichneten sie sich durch denselben Mut zum Risiko aus. Womöglich muss ein französischer Entrepreneur besonders viel Mut

aufbringen angesichts der häufigen Einmischungen des Staates, die sich etwa in 68 Änderungen der Gewerbesteuer binnen 35 Jahren äußern. So etwas erklärt auch, warum Frankreichs „Patrons“ diese Woche vor Wut auf die Straße gehen. „Die Rolle des Staates in Frankreich hat abgenommen“, versichert Villeroy, „aber das wird in Deutschland anders wahrgenommen.“

Sicher ist: Makroökonomisch ist der Gegensatz enorm – was ständige politische Konflikte hervorruft. Der deutschen Nachkriegstradition von sozialer und mittelständischer Marktwirtschaft steht in Frankreich eine über Jahrhunderte gewachsene Nähe von Staat und Wirtschaft gegenüber. Wachstum hängt hier stark vom Konsum ab, der notfalls gestützt wird. Auch das ist ein Grund für einen Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt von 57 Prozent und für einen unüberwindlich scheinenden Gegensatz in der Geld- und Haushaltspolitik: Hier die schuldenfeindlichen Deutschen, dort die Franzosen, für die Wachstum mehr zählt.

Welches Modell derzeit besser fährt, kann François Villeroy besichtigen, wenn er heimkommt an die Saar. Die fünfminütige Fahrt vom lothringischen Forbach – Symbol für industriellen Niedergang und gleichzeitigen Aufstieg des rechtsradikalen Front National – hinüber ins Saarland, erscheint ihm wie eine Reise zwischen zwei Welten. Damit Frankreich seinen Rückstand aufholt, benötigt es dem Banker zufolge nichts weniger als einen Kulturbruch: Paris müsse sich auf die Staatsausgaben konzentrieren – sprich: auf strukturelle Reformen – anstatt auf die Einnahmen – sprich: Steuern. Einer Umfrage zufolge sehen das 88 Prozent der Franzosen ähnlich.

Die Ökonomen Jean Pisani-Ferry und Henrik Enderlein schlagen einen Deal vor. Sie empfehlen Reformen, manche davon richten sich auch an Berlin. Die brisantesten Forderungen, die auf die Höhe der Löhne in Frankreich abzielen und auf mehr öffentliche Investitionen in Deutschland, haben die Regierungen schon abgelehnt.

Manche Ideen für konkrete binationale Projekte zum Beispiel auf dem Strommarkt dürften sie hingegen aufgreifen. Der deutsch-französische Motor muss beweisen, dass er überhaupt noch anspringt. Man begnügt sich inzwischen ja mit kleineren Erfolgen: Nach monatelangem Gezänk verkündete Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel jüngst, dass Deutschland sich weiter an der europäischen Ariane-Rakete beteiligt. Sein Kollege Emmanuel Macron empfindet das schon als „echte Liebeserklärung“.

Optimisten wie Villeroy glauben, dass sich die ökonomischen Kulturen der Länder durchaus annähern könnten. Mehr noch: Die Kultur kann sich sogar auf amüsante Art umkehren, wie Frankreichs Finanzminister Michel Sapin beweist: Waren es früher die Deutschen, die vor politischem Druck auf die Europäische Zentralbank (EZB) warnten, hat ausgerechnet er jetzt diese Rolle übernommen. Er warne, so Sapin, „die Unabhängigkeit der EZB infrage zu stellen. Und falls nötig, kann ich das auch auf Deutsch sagen.“ Bewiesen hat er das nicht.